



# uni-info

HERAUSGEBER PRESSE-UND INFORMATIONSTELLE DER  
UNIVERSITÄT OLDENBURG 29 OLDENBURG POSTFACH 943  
TEL. 51064 REDAKTION GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH)  
JAN KOCHANOWSKI MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL  
GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER  
(DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER  
SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT  
DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT)

15. Dez. **37175**

## Professor Promies trat zurück

### "Langfristige Planung an der Universität unmöglich"

Heute morgen hat Professor Dr. Wolfgang Promies seinen Rücktritt vom Amt des stellvertretenden Rektors der Universität erklärt. In einem Schreiben an den Konzilvorstand begründet der 40-jährige Germanist, der das Amt seit Mai 1974 bekleidet, seinen Schritt mit der zunehmenden staatlichen Reglementierung, die eine langfristige Planung durch die Universität nicht ermöglichen und seitens des Staates ein bildungspolitisches Konzept vermissen lasse. Das bedeute politisch verantworten zu müssen, "was man je länger desto weniger verantworten kann". Die Reduzierung der ursprünglich geplanten Studienplätze von 14.300 auf 10.900 sei ein weiteres Beispiel dafür, daß der Staat sich nicht am Bedarf orientiere, geschweige denn an gesellschaftlichen Bedürfnissen. Diese Politik schlage nicht zuletzt auf die Bevölkerung des ohnehin infrastrukturell benachteiligten Nordwestraumes zurück. - Wolfgang Promies gehörte zu den ersten Hochschullehrern, die an die neu gegründete Universität Oldenburg berufen wurden. Er nahm im Februar 1973 seine Lehrtätigkeit in Oldenburg auf. Bereits ein halbes Jahr später gehörte er dem Gründungsausschuß an. Im April 1974 wählte ihn das Konzil zum stellvertretenden Rektor.

schaft und Kunst vom 30. Dezember 1974 gebilligt worden war.

Diese für alle weiteren Planungen der Universität Oldenburg entscheidende Voraussetzung und scheinbar gesicherte Grundlage existiert nicht mehr!

Ohne daß die Universität ihre Bedenken geltend machen konnte, plant das Ministerium für Wissenschaft und Kunst jetzt eine drastische Senkung der flächenbezogenen Studienplätze von 14300 auf, wie man lesen konnte, 10900 wenn nicht gar, wie man fürchten muß, 9300 Studienplätze. Im Lehramtsbereich speziell beabsichtigt es eine Kürzung von 4900 auf 3100 Studienplätze insgesamt!

Eine derartige Entscheidung ist nicht das Ergebnis eines geänderten bildungspolitischen Konzepts, sie signalisiert vielmehr das Ende jeglicher bildungspolitischer Planung lediglich aus Geldmangel. Denn es ist eine unbestrittene Tatsache, daß bis heute fächerbezogene Bedarfszahlen für den Beruf des Lehrers weder für Niedersachsen noch für ein anderes Bundesland vorliegen.

Geldmangel diktiert die Zahl der Studenten, die Lehrer werden dürfen, und gefährdet obendrein den Modellversuch der Einphasigen Lehrerausbildung speziell in ihren schulpraktischen Elementen, bevor der Versuch beweisen könnte, daß die Einphasigkeit in wissenschaftstheoretischer wie schulpraktischer Hinsicht der herkömmlichen Lehrerausbildung überlegen ist. Geldmangel unterbindet den ausgewogenen Ausbau der Fächer, die stetige Erweiterung des Angebots an Studiengängen und den interdisziplinären Zusammenhang der Wissenschaften an einer Hochschule, die sich unlängst noch als Reformuniversität etikettierte.

Die Universität Oldenburg ist nunmehr eine Bildungsstätte, an der von Staats wegen aufs genaueste demonstriert wird, daß die Hochschulen dieses Landes noch nicht einmal am Bedarf orientiert wer-

Fortsetzung Seite 2

## Erklärung im Wortlaut

Das Konzil der Universität Oldenburg hat mich im April 1974 mit der Mehrheit seiner Stimmen zum Stellvertretenden Rektor dieser Hochschule gewählt. Ich habe mich zur Wahl gestellt und diese Wahl angenommen, weil ich

1. als Angehöriger der Universität Oldenburg und als Mitglied der SPD das bildungspolitische Konzept der Niedersächsischen Landesregierung hinsichtlich dieser Neugründung nach Kräften unterstützen wollte und weil ich

2. von der Notwendigkeit einer Studienreform, insbesondere einer reformierten Lehrerausbildung überzeugt war, wie sie der an der Universität Oldenburg begonnene Modellversuch: **E i n p h a s i g e i n t e g r i e r t e L e h r e r a u s b i l d u n g** zu verwirklichen trachtete.

Dabei war ich mir von Anfang an darüber im klaren, daß hochschul- und bildungspolitisches Engagement in der Bundesrepublik mitte der siebziger Jahre keine Sache des guten Willens und

rechtschaffener Parolen, keine Frage der Persönlichkeit wie anno Humboldt darstellt, sondern im beschränkten Rahmen ökonomischer und behördlicher Maßnahmen erfolgt.

Innerhalb dieses Rahmens haben in den vergangenen anderthalb Jahren die gewählten Gremien und Organe dieser Hochschule, habe auch ich versucht, zu der langfristigen Verwirklichung eines bildungs- und gesellschaftspolitischen Konzepts beizutragen, das dem materiellen und personellen Ausbau der Universität Oldenburg für die Verbesserung der kulturellen und wirtschaftlichen Infrastruktur des Nordwestraums in Niedersachsen seine besondere Bedeutung verlieh. Die Universität glaubte dabei von einer bis 1985 fortgeschriebenen Ausbaukonzeption für die gesamte Hochschule mitsamt den inhaltlich begründeten und hier geplanten Studiengängen ausgehen zu können, da ihr **Konzept**, entwickelt auf Geheiß der Landesregierung, durch Erlaß des Niedersächsischen Ministers für Wissen-

## Wissenschaftsrat:

## Naturwissenschaften um Studiengang erweitern

Mit Nachdruck hat der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Dr. Heidhues (Göttingen), die 1970 durch das Gremium ausgesprochene Empfehlung zur Regionalisierung des Hochschulausbaues bekräftigt und sich in diesem Zusammenhang für einen weiteren Ausbau der Universität Oldenburg ausgesprochen. Auf einer Pressekonferenz am 4. Dezember anlässlich der offiziellen Begehung der Oldenburger Hochschule durch den Wissenschaftsrat, der die Bundesregierung in allen Hochschulangelegenheiten berät und so einer der wichtigsten Entscheidungsträger für die Vergabe von Mitteln durch den Bund ist, erklärte Heidhues, dies gelte insbesondere für die Naturwissenschaften.

In den Naturwissenschaften, so Heidhues, sei es notwendig, die Universität um einen weiteren Studiengang zu bereichern. Insgesamt müsse der Schwerpunkt Lehrerausbildung zu Gunsten der Diplom-Studiengänge abgebaut werden. Eine entsprechende Entwicklung sei vom Niedersächsischen Wissenschaftsmini-

ster bereits eingeleitet, der bei der Kürzung der geplanten Studienplätze bis 1985 von 14.400 auf 10.900 hauptsächlich Lehrerausbildungsplätze gestrichen habe.

Heidhues unterstrich in diesem Zusammenhang, daß der Wissenschaftsrat die von der Universität vorgetragenen Klä-

## Rücktrittserklärung von Promies

Fortsetzung von Seite 1

den, geschweige denn an den Bedürfnissen dieser Gesellschaft! Welchen Reim soll man sich machen, wenn dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst ein Lehrstuhl für Erkenntnistheorie an dieser Hochschule als Luxus und folglich entbehrlich, Berufsrichtungen wie die des Diplomspsychologen als ohne Zukunft und ein beantragter Studiengang daher als nicht vertretbar erscheinen, Fachverbindungen wie zwischen Romanistik, Anglistik, Germanistik, da man sich Lehrer für Französisch, Englisch, Deutsch glaubt nicht mehr leisten zu können, auch als wissenschaftliche Disziplinen im Angebot dieser Universität verzichtbar werden?

Der Kultusausschuß des Niedersächsischen Landtags hat sich nie die Zeit genommen, die Misere der durch das Parlament gesetzlich verankerten Universitäts-Neugründungen an Ort und Stelle zu studieren und sich deren Vorstellungen und Forderungen gegebenenfalls zu eigen zu machen: eine Hochschule, die erst einmal 200 Jahre alt geworden ist, stirbt freilich nicht, wenn man ihr Stellen streicht und Studentenzahlen kürzt; aber eine Universität, die eben e i n Jahr alt ist, geht daran zugrunde, ohne den Nachweis ihrer Existenzberechtigung für die Gesellschaft, das heißt die Menschen dieser Region, liefern zu können.

Die Niedersächsische Landesregierung hat eine gehörige Verantwortung übernommen, als sie gleichzeitig die Universitäten Osnabrück und Oldenburg gründete. Der Entschluß, im Nordwesten Niedersachsens eine Universität anzusiedeln, war politisch richtig. Daran besteht auch in einem Augenblick kein Zweifel, da Schmalhans antritt, Kultusminister zu werden. Die Bevölkerung im Nordwestraum sollte sich vielmehr bewußt werden, daß sie i h r e Inte-

ressen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht vertritt, wenn sie für diese Universität, ihre Überlebenschance und Arbeitsfähigkeit eintritt! Keinesfalls aber kann es zu den Aufgaben einer Universität, ihrer Gremien und gewählten Repräsentanz gehören, nur noch die jeweiligen ministeriellen Eckdaten vom Tage in die längerfristige Planung einzuarbeiten und, wo Planung nicht mehr möglich ist, wenigstens den administrativen Ordnungshüter zu spielen.

Wer es ernst meint mit der Bildungspolitik dieses Landes, muß folgerichtig Schlüsse ziehen, so oder so: Die Funktion des Rektorats einer wissenschaftlichen Hochschule in der Bundesrepublik beschränkt sich mehr und mehr darauf, Erfüllungshilfe zu leisten. Das bedeutet nicht, daß man in einzelnen Bereichen nicht für die Universität tätig werden könnte - der erstmals erstellte Bericht des Rektors legt in Teilen davon Zeugnis ab. Grundsätzlich bedeutet es jedoch, politisch verantworten zu sollen, was man je länger desto weniger verantworten kann. Ich für meine Person sehe, da k o n s t r u k t i v e hochschulpolitische Arbeit zur Zeit entscheidend verhindert wird und daher fast gegenstandslos geworden ist, nur die Möglichkeit eines Rücktritts.

Ich vollziehe diesen Schritt nicht aus Resignation, sondern in der Überzeugung, daß ich gegenwärtig besser daran tue, als Hochschullehrer das hiesige Konzept des Projektstudiums verwirklichen zu helfen, und in der Hoffnung, daß meine Entscheidung innerhalb der Universität Anlaß gibt, die hochschulpolitische Situation zu überdenken, und außerhalb dazu beiträgt, die Universität, ihre Inhalte und Gestaltung als eine Verpflichtung anzusehen, die a l l e eingegangen sind und a l l e angeht. Wolfgang Promies

gen, die Grundausstattung für die Naturwissenschaften sei im höchsten Maße mangelhaft, überprüfen werde, zumal er den Eindruck habe, daß sie berechtigt seien.

Zur einphasigen Lehrerausbildung äußerte sich der Göttinger Hochschullehrer zurückhaltend. Zwar erklärte er, daß der Modellversuch, über den sich der Wissenschaftsrat ausführlich informiert habe, Beachtung verdiene, aber er betonte gleichzeitig, daß noch nicht entschieden sei, ob die in Oldenburg und Osnabrück erprobte Form der neuen Lehrerausbildung die einzige Möglichkeit bleiben werde - gerade unter dem Aspekt, daß man davon ausgehen müsse, daß Lehrer einer außerordentlich flexiblen Ausbildung bedürften, die sie auch für andere Aufgaben befähigten. Diese Flexibilität vermisse er, wenn er auch nicht bestreiten wolle, daß der Modellversuch die Chance biete, hervorragende Lehrer auszubilden.

In wohl bisher einmaliger Deutlichkeit äußerte Heidhues öffentlich: "Wir müssen davon ausgehen, daß Hochschulabsolventen mit einem Lehrstudium in anderen Bereichen tätig sein müssen, wenn sie keine Anstellung finden. Deshalb bin ich für eine beschleunigte Reform des öffentlichen Dienstes, der es Hochschulabsolventen ermöglicht, auch im m i t t l e r e n u n d g e h o b e n e n Dienst tätig zu werden." gh

## Erste Lesung der PO

Erst auf der kommenden Sitzung am 17. Dezember 1975 wird sich der Senat mit der Rahmenprüfungsordnung für die Diplom-Studiengänge in erster Lesung befassen. In einem Schreiben dazu teilte das Wissenschaftsministerium mit, daß es keine rechtlichen Bedenken gegen die Verabschiedung einer Rahmenprüfungsordnung mit fachspezifischen Anhängen habe.

Auf der gleichen Sitzung wird sich der Senat auch mit der Promotionsordnung in zweiter Lesung beschäftigen.

## Lehrer Arbeitslosigkeit

Die Einrichtung eines Arbeitskreises "Arbeitslose Lehrer" durch Studenten in Oldenburg macht offenbar Schule. Wie der AStA mitteilte, werden auch an anderen Hochschulen in Niedersachsen ähnliche Arbeitskreise gegründet.

## Termine für SS 76

Der Senat hat auf seiner letzten Sitzung die Termine für das Sommersemester 1976 festgelegt:

12.4.1976	Vorlesungsbeginn
3.7.1976	Vorlesungsschluß
12.-15.4.1976	Orientierungsphase
5.-9.6.1976	Pfingstferien.

## AStA: Aktionstage ein voller Erfolg

Als vollen Erfolg hat der AStA der Universität Oldenburg den in der vergangenen Woche im Rahmen der VDS-Aktionstage durchgeführten aktiven Studentestreik bezeichnet. Wie ein Sprecher des Ausschusses erklärte, gehe das allein aus der Tatsache hervor, daß mehr als zehn Prozent der Oldenburger Studenten an der zentralen Demonstration am vergangenen Freitag in Hannover teilgenommen hätten.

Bei dem Streik, der an den meisten bundesdeutschen Hochschulen geführt wurde, ging es nicht nur um die schlechte soziale Lage der Studenten, sondern auch um die Fragen der Lehrerverbeitslosigkeit, der schlechten Studienbedingungen, der Berufsverbote und um den Erhalt des politischen Mandats. Konkrete Forderungen der Studenten, die auf Empfehlung des StuPa von den Fachschaften verabschiedet wurden:

- 600 Mark BAFÖG
  - 1200 Mark Elternfreibetrag
  - Keine arbeitslosen Lehrer
  - Weg mit dem verfassungswidrigen Berufsverbot
  - Für den Erhalt der verfaßten Studentenschaft mit dem politischen Mandat.
- Nach Angaben des AStA schlossen sich unter diesen Forderungen die Teilnehmer von über 140 Seminaren, Projekten usw. dem Streikaufruf an. Bis auf wenige Ausnahmen habe die Studentenschaft der Oldenburger Universität gezeigt, daß sie nicht bereit sei, kampfflos ihre miserable soziale Situation, die schlech-

ten Studienbedingungen und die katastrophalen Berufsaussichten hinzunehmen. Um ihre Forderungen auch in der Bevölkerung verständlich zu machen, wurden vor Betrieben und Schulen in Oldenburg nicht weniger als 15.000 Flugblätter verteilt und ein Informationsstand in der Stadt aufgebaut.

Auf Verständnis stießen die Studenten zumindest bei den Dienstleistern der Universität. Der Vertrauensleutkörper der ÖTV und die Angestellten der Bibliothek schickten Solidaritätsadressen.

Innerhalb der Universität demonstrierten die Studenten durch Einrichtung einer Notmensa mit Mini-Preisen gegen das kostendeckende Prinzip der von den Studentenwerken betriebenen Mensen. In einer Großveranstaltung zur Situation der einphasigen Lehrerausbildung wurde über die schlechten Studienbedingungen diskutiert. Diese Diskussion, an der sich auch Hochschullehrer beteiligten, wurde später auf Fachbereichs- und Fachebene fortgesetzt.

Als "überhaupt erfreulich" vermerkte der AStA zudem die Tatsache, daß die Hochschullehrer großes Verständnis für die Aktionen der Studenten gezeigt und damit dazu beigetragen hätten, daß der Streik einheitlich geführt worden sei. gh

## Keine Wartelisten

Für Bewerber um eine Lehrerstelle in Niedersachsen wird es keine Wartelisten geben. Entsprechend äußerte sich Ministerialrat Rohlfing vom Kultusministerium gegenüber einer Oldenburger Studentendelegation, die sich über die Lehrerverbeitslosigkeit in Niedersachsen im Rahmen der VDS-Aktionstage informieren wollte. Die Nichtführung von Wartelisten bedeutet nicht nur, daß Hochschulabsolventen sich zu jedem Einstellungstermin neu bewerben müssen, sondern auch, daß sie mit einer weniger guten Zensur nur geringe Aussichten haben, eine Stelle zu bekommen, wenn der Kampf um mehr Stellen für Lehrer nicht fruchtet. Wie bereits am vergangenen Dienstag im uni-info extra veröffentlicht, hat das Ministerium in einem Entwurf für einen Erlass an die Regierungspräsidenten einen Kriterienkatalog für die Einstellung von Lehrern aufgestellt. Danach werden Fächerkombination und Zensur eine entscheidende Rolle bei der Auswahl spielen. Weiter kann eine Zusatzqualifikation die Chancen auf eine Stelle erhöhen. gh

## Pädagogik-Prüfung

Nach Mitteilung der Fachschaft Pädagogik sollten sich Studenten, die im Frühjahr 76 ihre erste Lehramtsprüfung ablegen, noch in dieser Woche mit ihren Prüfern in Verbindung setzen. Prüfungsberechtigt sind folgende Personen:

F.W. Busch, Fookan, Füllgraff, Hopf, H. Meyer, Mayer-Kulenkampff, v. Maydell, Möller, Nitsch, Raapke, Westphal, Wittig, Ebben, Fleßner, Fischer, Gotter, Hühne, Hasler, Lange, Mergner, Ölschläger, Sielaff, Wilde, Wragge. Bei den Prüfern von Maydell, Möller, Ölschläger, Wilde und Wragge können sich keine Kandidaten mehr anmelden, da diese Prüfer bereits ausgelastet sind.

Die im Fach Pädagogik Prüfungsberechtigten werden an den Brettern Termine für Examenskolloquien kurzfristig bekanntgeben.

## Neue Essensmarken

Mit Beginn des Jahres 1976 werden vom Studentenwerk neue, anders farbige Essensmarken ausgegeben. Damit verlieren die alten Essensmarken mit Ablauf des Jahres 1975 ihre Gültigkeit. Es ist daher erforderlich, die alten Marken unbedingt bis zum Jahresende zu verwenden, da sie ab 1.1.76 nicht mehr zum Bezug des Mensensaessens berechtigen und auch an den Kassen nicht mehr eingelöst werden können. Um den Essensteilnehmern Nachteile zu ersparen, wird dringend empfohlen, Einzelmarken zu verwenden, um so deren Verbrauch bis zum Jahreschluß sicherzustellen. Wie das Studentenwerk mitteilt, wurde diese Maßnahme aus organisatorischen Gründen erforderlich.

## Fünfstündige Anhörungen

"Berufsverbote haben einen Einschüchterungseffekt auf die Studentenschaft und zeigen erhebliche Auswirkungen auf das politische Klima an den Hochschulen", dies erklärte Dieter Stefan, Sprecher der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS) auf der Pressekonferenz des AStA zum Thema Berufsverbote. Zur Situation in Oldenburg erklärte der Sprecher des hiesigen Aktionskomitees gegen die Berufsverbote, Frank Czoska, daß es allein in dieser Stadt über 40 Bewerber für den öffentlichen Dienst gäbe, die alle Mitglieder legaler demokratischer Parteien und Organisationen seien und sich zum Teil mehrfach sogenannten Anhörungen haben unterziehen müssen. Diese Anhörungen hätten in der Vergangenheit eine Dauer bis zu fünf Stunden.

In Oldenburg warten heute neun Bewerber immer noch auf ihre Einstellung, während gleichzeitig gegen einen wissenschaftlichen Assistenten der Uni-

versität ein Entlassungsverfahren laufe.

Zur internationalen Seite der Berufsverbote erklärte Aart Pabst, Vertreter der Zentralen Initiative gegen die Berufsverbote, daß die Berufsverbote in dem Maße zu einem internationalen Problem werden, wie die europäische Integration vorangetrieben werde. Die Sorge im Ausland über die undemokratische Entwicklung in der BRD sei Anlaß für die Bildung von Komitees gegen die Berufsverbote in den Niederlanden, Dänemark, Frankreich und seit kurzem auch in Luxemburg gewesen.

Abschließend erklärte der AStA, daß er in Zukunft sein Bemühen verstärken werde, über die Berufsverbote zu informieren "um der Scheinlegalisierung der Berufsverbote durch das bevorstehende Sondergesetz entgegenzutreten und die Einstellung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst, sowie die Aufhebung der ausgesprochenen Berufsverbote zu erreichen. jk

**Tutoren:****Zusätzliche Mittel**

Die Vollversammlung der wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren hat den Senat aufgefordert, zusätzliche Mittel für den ordentlichen Haushalt zur Finanzierung und Sicherstellung der Weiterbeschäftigung von Tutoren zu beantragen. In dem einstimmig gefaßten Beschluß machen die Tutoren darauf aufmerksam, daß nach dem 31. März dieses Jahres nur 50 von den zur Zeit 125 laufenden Verträgen verlängert werden, wenn nicht weitere Mittel beschafft werden.

Weiter heißt es in der Resolution, für viele wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren bedeute die Einnahme aus dieser Tätigkeit die einzige oder Haupteinnahmequelle und damit die Möglichkeit, ihre Qualifizierung oder Weiterqualifizierung zu realisieren, solange die staatliche Ausbildungsförderung zu gering sei. Wenn die Universität die Beschränkung oder Kürzung ihrer Mittel nicht nur in diesem Bereich hinnähme, widerspreche das ihrem selbst formulierten gesellschaftlichen Auftrag: in ihrem Bereich und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle anzustreben.

Weiter stellen die Tutoren fest, daß die Zentralen Einrichtungen und Abteilungen der Universität ihre Aufgaben zur Sicherung des Studienbetriebes oft nur durch den Einsatz von wissenschaftlichen Hilfskräften mit technischen Funktionen erfüllen könnten.

Sollten die dort tätigen WiHiS nicht weiter beschäftigt werden, bestehe die Gefahr, daß einige Einrichtungen und Dienststellen "ihren Aufgaben nicht einmal mehr halbwegs nachkommen können."

Auch die im Rahmen des Projektstudiums

notwendige Kleingruppenarbeit könne nur durch die Tutorenarbeit abgesichert werden. Der Verzicht auf die Beschäftigung einer ausreichenden Zahl von Tutoren müsse notwendig dazu führen, daß sich unter dem Schild Projektstudium sehr schnell wieder traditionelle Veranstaltungen durchsetzen. Die Tutoren fordern deshalb die Fachbereichsräte und Zentralen Einrichtungen und Dienststellen auf, Anträge an den Senat zu richten und ihren Bedarf an wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren für das Sommersemester 76 auszuweisen und die Finanzierung durch zusätzliche Haushaltsmittel zu fordern.

Wenn diese Maßnahmen nicht fruchten, wollen die Tutoren notfalls zu Kampfmaßnahmen greifen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

**Schmierpapier**

Im Rechenzentrum können Studenten und andere Angehörige der Universität einseitig bedruckte Tabellierlisten bekommen, deren Rückseite gut als Schmier- bzw. Übungspapier verwendet werden kann.

**Personalien / Personalnotizen**

Eingestellt wurden:

MONIKA AUGERMANN als Angestellte im ZpB.

GISELA FINKE als Angestellte im ZpB.

KARIN INGENBLECK als Angestellte im ZpB.

INGE RÖFER als Verwaltungsangestellte (ZpB)

INGRID RUDOLPH als Schreibkraft (Abt.3)

HUGO SCHLÖTELBURG als Pförtner.

DIETER SCHMIDT als Angestellter (BIS)

GUUDRUN SCHOLZ als Raumpflegerin (FB II)

INGRID SCHÜTTE als Schreibkraft (BIS)

MAGRET SCHÜTZE als Angestellte (BIS)

KARL-HEINZ SCHWARZ als Angestellter (BIS)

ROSEMARIE STOLZENBERG als Schreibkraft (FB IV)

WALTER STRUGHOLZ als Angestellter (BIS)

GUUDRUN WESTING als Angestellte (RIZ)

URSEL TGAHRT als Angestellte (RIZ)

INGEBORG THIEROLF als Angestellte (Personalabteilung)

ANGELIKA WENKE als Angestellte im ZpB.

HANS-GERD WIECHMANN als Angestellter (BIS-Magazin)

RITA WIECZOREK als Schreibkraft (BIS)

HANS-JOACHIM WILKE als Angestellter (Zentralbibliothek)

MARIK ZABEL als Datentypistin (BIS)

Ernannt wurden:

DR. MARIANNE RUFFMANN, bisher Dozentin an der Universität, zur wissenschaftlichen Rätin und Professorin im FB III für "Haushaltswissenschaft und Didaktik der Haushaltslehre".

\*

DR. SABINE SCHERRINSKY, bisher Dozentin an der Universität, zur wissenschaftlichen Rätin und Professorin im FB III "Wirtschaftslehre des Familienhaushalts".

\*

DR. GERTRUD SIEMANN, bisher Dozentin an der Universität, zur wissenschaftlichen Rätin und Professorin im FB III für "Textiles Gestalten".

**Ossietzky-Seminar**

Vom 23. - 25. Januar veranstaltet der "Carl-von-Ossietzky-Kreis ENGAGIERTE Kunst" in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen, u.a. dem ASTA der hiesigen Universität und der ESG Oldenburg, das "2. Carl von Ossietzky Seminar" in Hamburg.

Im Mittelpunkt dieses Seminars stehen die Vermittlung und Vertiefung von Kenntnissen über Carl von Ossietzky sowie die Auseinandersetzung über die aktuelle Situation in Spanien.

Im Rahmen des Seminars, das durch eine umfassende Dokumentation über Ossietzky ergänzt werden soll, wird der Oldenburger ASTA über die Auseinandersetzung um die Namensgebung für die Universität in Oldenburg berichten. Interessenten für die Teilnahme an diesem Seminar - Kostenbeitrag 7,- DM - erhalten genauere Auskunft beim ASTA oder unter den Rufnummern 040/44 32 45 - 040/27 57 41. jk

**Bibliothek geschlossen**

Vom 24.12. bis 31.12. bleiben die Bibliotheken an der Universität geschlossen. Die Zentralbibliothek (AVZ 0-100) ist am 29. und 30. Dezember 75 und am 2. Januar 76 von 10.00-16.00 Uhr geöffnet.

Die Fachbereichsbibliotheken bleiben bis zum 2.1.76 geschlossen. In dringenden Fällen können die Bestände der Fachbereichsbibliotheken über die Zentralbibliothek genutzt werden.

**BdWi-Veranstaltungen**

Mit drei Veranstaltungen tritt der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) im Januar und Februar an die Öffentlichkeit. Am 13. Januar spricht W. Jantzen (Uni Bremen) zum Thema "Behinderung und Faschismus", am 26. Januar findet eine Podiumsdiskussion zum Thema "Ökonomische Krise und Staat" mit E. Altwater, J. Hufschmid und R. Katzenstein statt. Am 10. Februar befaßt sich J. Sandkühler (Uni Bremen) mit dem Thema "Wissenschaft und Wissenschaftstheorie in sozialistischen Ländern".

**Veranstaltungs- und Terminkalender**

Montag, 15.12.75, 18 Uhr, VG 217. Gastvortrag von Dr. Bernd Krüger (PH Westfalen-Lippe, Abteilung Münster) zum Thema "Internationalisierung als ein Grundbegriff der Pädagogik". Veranstalter: FB I/Erziehungswissenschaft.

\*

Mittwoch, 17.12.75, 20 Uhr, Aula. Kino für den Fortschritt "Michael Kohlhaas". Film von Volker Schlöndorff nach der Novelle von Heinrich von Kleist. Veranstalter: ASTA.